



(Beschluss BuVo09_094 Kommunalpolitik 29.04.2011)

Antragsteller: AG Kommunalpolitik des MIT-Bundesvorstands
Vorsitzender: Benno Lensdorf

Kommunalpolitische Eckpunkte der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

Drohender Finanzkollaps der Kommunen - Ausgangslage:

Die seit langen Jahren zunehmende Bindung öffentlicher Finanzen durch den Sozialstaat, hat die Kommunen immer mehr zu Vollzugsorganen staatlicher Gesetzgebung zu Lasten kommunaler Selbstverwaltung werden lassen. Grundsätzlich muss die Struktur von Aufgaben und Ausgaben der Kommunen verändert werden.

Schon heute ist die Mehrzahl von Städten und Gemeinden in einer finanziellen Schieflage. Viele davon praktisch unverschuldet „pleite“. Andere Kommunen haben den Vorteil günstigerer sozialer Bevölkerungs- und Wirtschaftsstrukturen, sind damit verbunden weniger finanziell belastet und unterliegen daraus resultierend nicht dem engen Korsett des Haushaltssicherungskonzepts.

Künftige Schulden müssen verhindert werden, ein planmäßiger Schuldenabbau unter Hilfe von Bund und Land in Gang gesetzt werden.

Wurden 1970 noch rund 15% der kommunalen Ausgaben für Soziales aufgewendet, liegt der Anteil heute bei über 35%. Genau umgekehrt entwickelte sich das für mittelständische Unternehmen und Handwerk so wichtige Investitionsvolumen. Deshalb war das vom Bund initiierte Konjunkturprogramm II für Investitionen in den Kommunen nicht nur wichtig für die Konjunkturbelebung, sondern auch enorm wichtig, um unterlassene Investitionen vergangener Jahre zum Teil nachzuholen.

Für die Zukunft droht weiterhin eine dauerhafte Überforderung der Kommunen durch die gesetzlich übertragenen Soziallasten. Über 1/3 des Bruttoinlandsproduktes (BIP) und damit 2/3 aller öffentlicher Haushaltsmittel sind durch Sozialausgaben gebunden.

Kassenkredite

Normalerweise dienen die Kassenkredite den Kommunen der Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe. Fakt ist heute, dass sie immer mehr der ständigen Finanzierung aufgelaufener Defizite dienen. Es gibt eine regionale Verdichtung in Deutschland und eine dramatische Dynamik.

So stiegen die Kassenkredite von 1,2 Mrd. € in 1992 auf 40,5 Mrd. €. Allein im Zeitraum von 2004 bis 2010 fand eine Verdoppelung statt. Dabei entfallen ca. 51% auf Städte in NRW. Davon 2/3 alleine auf weniger als 20 Städte. In Rheinland-Pfalz, dem Saarland und einem Teil

Niedersachsens besteht eine regionale Häufung von Kassenkrediten im Verhältnis zur Einwohnerstärke.

Der Grund hierfür liegt in einer speziellen Siedlungs-, Wirtschafts- und Sozialstruktur. In vielen Städten stiegen hier die Kassenkredite auch in den guten Kommunal - Finanz-Ertrags-Jahren (2007 + 2008) weiter an, während die anderen Kommunen Überschüsse erzielten.

Zu überlegen ist, ob die derzeitige Laufzeitregelung nicht auf 8 – 10 Jahren verlängert werden sollte. Auch Zinsfestschreibungen müssen in die Überlegungen einbezogen werden.

NKF und die Selbständigkeit der Kommune

Durch die Einführung der kommunalen Doppik ist die Endlichkeit der Finanzierung von Defiziten durch Kassenkredite transparent geworden. Inzwischen befinden sich 18 von 427 Gebietskörperschaften allein in NRW in drohender Überschuldung. Das Ende des bilanziellen Eigenkapitals ist in Sicht. Es bedeutet zugleich das Ende der kommunalen Selbstverwaltung. Entscheidungen über Investitionen, freiwilligen Leistungen und Personal werden nicht mehr vom Stadtrat sondern durch die staatliche Kommunalaufsicht getroffen. Dies bedeutet eine dramatische Verschlechterung für das demokratische Gemeinwesen.

Die durch die Verfassung geschützten Güter der kommunalen Selbstverwaltung und der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Städten und Gemeinden sind in Gefahr. Damit wird Artikel 28 des Grundgesetzes ausgehebelt, der gewährleistet, dass die Gemeinden im Rahmen der Gesetze in Eigenverantwortung regeln. Diesen schleichenden Verlust der Souveränität gilt es kurzfristig zu verhindern.

Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit von Städten und Gemeinden

In zunehmender Dringlichkeit fordern die Kommunen Hilfe von Bund und Land. Deshalb muss über die zukünftige Konsolidierung der Finanzen des Bundes, der Länder und der Kommunen elementar und ergebnisoffen diskutiert werden. Die zukünftige Rolle der Kommunen, aber auch des Staates muss neu definiert werden.

An die Realisierung wirksamer Sparkonzepte geht kein Weg vorbei. Zur Glaubwürdigkeit der Städte, Gemeinden und Landkreise ist es dringend angesagt, alle Maßnahmen zur eigenen Haushaltskonsolidierung zu ergreifen. Neben den Forderungen an Bund und Land muss dieser Schritt umgehend auf breiter Front eingeleitet werden.

Interkommunale Zusammenarbeit forcieren

Dazu gehört auch, die interkommunale Zusammenarbeit voranzutreiben. Zumal sich hier große Einsparpotenziale verbergen. Als Beispiel sei hier erwähnt, dass sich seit kurzer Zeit die Öffentlichen Verkehrsbetriebe aus Duisburg, Mülheim an der Ruhr und Essen zu einem Unternehmen zusammengeschlossen haben. Weitere erfolgreiche Beispiele müssen als Vorbildfunktion wirken und vorgestellt werden. In den Kommunen müssen Bedenken zu solchen interkommunalen Projekten ernst genommen und mithilfe von Modellprojekten entkräftet werden.

Konnexitätsprinzip

Über viele Jahrzehnte ist das Konnexitätsprinzip missachtet worden. Aufgaben wurden auf die Kommunen verlagert, ohne dass diese die Finanzierung sicherstellen konnten oder gar die Finanzen hierfür hatten.

Deshalb müssen bestehende Leistungsgesetze auf ihre Kostenwirksamkeit analysiert und quantifiziert werden. Das bedeutet, dass Bund und Länder Einsicht in die Situation der Kommunen nehmen und Einsicht haben, um die bestehenden Gesetze u.U. entsprechend zurückzunehmen

und durch verfassungsgemäße Regelungen zu ersetzen. Für den planmäßigen Abbau der bestehenden Altschulden müssen Bund und Länder praktikable Lösungen entwickeln.

Schuldenbremse

Wenn die Haushalte von Bund und Länder ab 2016 bzw. 2020 grundsätzlich ohne Kredite auszugleichen sind, bedeutet dies massive Ausgabenkürzungen. Es sei denn, es werden massive Einnahmensteigerungen durch Steuererhöhungen oder anderer Maßnahmen erreicht.

Dies hat wiederum Auswirkungen auf die Finanzausgleichszahlungen von Bund – Land – Kommune. Das sieht die MIT daher nicht als eine Lösung an. Auch müsste hierbei geklärt werden, wie die Schuldenbremse für die Kommunen eingesetzt werden kann und welche Auswirkungen diese für die Kommunen haben könnte.

Demografische Entwicklung

Die demografische Entwicklung verschärft die Einnahmesituation von Bund, Land und Kommunen. Es wird geschätzt, dass die Bevölkerung sich bis 2050 wie folgt entwickelt:

- Neue Bundesländer = 65%
- Alte Bundesländer = 85%

gemessen am Stand von 2007.

Das bedeutet eine dramatische Steigerung der Transferleistungen bei gleichzeitigem Rückgang von Steuerzahlern. Aus diesem Grunde muss das Gemeindefinanzierungssystem mit einem entsprechenden demographiefesten Faktor weiterentwickelt werden.

Kommunale Steuern / Gewerbesteuer

Im Rahmen der Konsolidierung der Kommunalfinzen muss ein Konzept zur Stabilisierung der Gemeindefinzen entwickelt werden. Dabei muss die kostendeckende Sockelfinanzierung der Kommunen für die durch Bund und Länder auferlegten Aufgaben sichergestellt werden.

Zur grundsätzlichen Finanzausstattung muss den Kommunen eine feste und relativ sichere Steuer in Form eines Hebesatzes auf die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer oder des Anteils am Steueraufkommen des Bundes eingeräumt werden. Die negativen Erfahrungen bei der Gewerbesteuer – große Schwankungen zwischen Schätzung und realer Einnahme, nach teilweiser langer zeitlicher Verzögerung – sollten der Vergangenheit angehören. Das Steuersystem muß einfacher und verlässlicher für die Kommunen werden.

Die neue Steuerermittlung sollte eine auf die Wirtschaftskraft der Kommune berechnete Größe sein. Drei Gruppen sollten/könnten hierbei herangezogen werden:

- Mittelstand, Handwerk, Wirtschaft und Industrie
- Einwohner
- Liegenschaftsbesitzer

Diese Gruppen nutzen die Infrastrukturen der Kommunen und profitieren im Grunde von den gebotenen Leistungen. Die bestehende Gewerbesteuer muss eingestellt und in das neue Finanzausstattungssystem integriert werden.

Steuersenkungen / Standards

Steuersenkungen als generelles Ziel sollten festgeschrieben werden. Dies allerdings bedingt, dass die vielfältigen Aufgaben der Kommunen auf den Prüfstand gestellt werden und eventuell die bestehenden Standards angepasst werden. Kompromisse sind dabei möglicherweise anzustreben.

Mut zur Ehrlichkeit

Allein der Ruf nach „Mehr Geld“ durch die Kommunen kann die aktuellen Probleme nicht lösen. Selbstverständlich muss die Finanzierungsgrundlage der Kommunen auf eine planungssichere und verlässliche Basis gestellt und dem Konnexitätsprinzip wieder grundlegend Geltung verschafft werden. Aber die Kommunen sind selbst in der Pflicht, gemeinschaftlich mit Bürgern, Politik und Verwaltung ihren Beitrag für eine solide Finanzlage zu leisten und die Problemlösung nicht allein auf der Einnahmeseite zu suchen.

Vielmehr ist es unabdingbar, dass jede Kommune zunächst bei sich selbst anfängt und die eigene Ausgabenseite auf den Prüfstand stellt. Viele öffentlich finanzierte Angebote haben sich über Jahre oder gar Jahrzehnte hinweg in den Kommunen etabliert und wirken oftmals unverzichtbar. Angesichts der Finanzsituation kann aber nicht alles „Liebgewonne“ fortgeführt, sondern es müssen auch harte und unbequeme Einsparmaßnahmen umgesetzt werden. Es ist die Pflicht der Kommunalpolitiker, hierzu in Zusammenarbeit mit der Kommunalverwaltung in einen offenen, transparenten und vor allem ehrlichen Diskurs mit den Einwohnern der Kommune zu treten. Zulange haben viele Kommunalpolitiker allein auf das erfolgreiche Abschneiden bei der nächsten Wahl geblickt und die für die Zukunft grundlegend erforderlichen Entscheidungen vor diesem Hintergrund verdrängt. Heute muss in einem offenen Diskussionsprozess mit den Bürgern die Konsequenz für die nachfolgenden Generationen aufgezeigt werden, wenn die Politik nicht auf eine nachhaltige und solide Finanzpolitik umsteuert und hierfür auch bestehende Angebote der Kommune einstellt bzw. geplante oder wünschenswerte Projekte nicht realisiert. Für diesen Weg braucht es viel Mut zur Ehrlichkeit. Aber im Interesse der uns nachfolgenden Generationen ist dies der einzig verantwortungsvolle Weg.

Kommunen, Partner von Wirtschaft, Industrie, Handwerk und Mittelstand

- Erkenntnisse aus dem Konjunkturprogramm II

Der Deutsche Städtetag zog Anfang 2011 eine positive Bilanz zur Umsetzung des Konjunkturprogramms II. Bewährt haben sich in den zwei Jahren der Umsetzung die erheblichen Vereinfachungen im Vergaberecht.

Deshalb sollten diese bewährte Praxis auch weiterhin fortgeführt bzw. beibehalten werden. Bei den Investitionen in Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser wurden vor allem Regionale Unternehmen unterstützt. Von den positiven Ergebnissen werden die Kommunen, aber auch und gerade die Bürgerinnen und Bürger langfristig profitieren.

- Gute Infrastrukturpolitik ist gute Wirtschaftspolitik

Jede Kommune ist auf erfolgreiche Wirtschaftsunternehmen angewiesen. Sie schaffen Arbeitsplätze, tragen zu den Einnahmen der Kommune bei und vor allem kleine und mittlere Unternehmen übernehmen nicht selten auch unverzichtbare, gesellschaftspolitische Verantwortung in der Kommune, mit der sie sich identifizieren. Um Wirtschaftsunternehmen in der Kommune zu halten oder neue Investoren für die Kommune zu gewinnen, sind eine aktive Wirtschaftsförderung vor Ort sowie eine wirtschaftsfreundliche Infrastruktur- und vor allem Verkehrspolitik unabdingbar. Gut erschlossene Gebiete, ein funktionierendes und intaktes Verkehrsstraßennetz sowie die verkehrliche Anbindung an Bundesstraßen, Autobahnen und das Schienennetz ist heute angesichts der zunehmenden Globalisierung und der damit einhergehenden zunehmenden Zahl an möglichen Niederlassungsstandorten für Investoren noch viel entscheidender als je zuvor. Jede Kommune muss daher einen Schwerpunkt gerade auf die Pflege und den Ausbau seiner Infrastruktur setzen, um für bestehende oder zukünftige Investoren attraktiv zu bleiben.

Gute Infrastruktur beinhaltet darüber hinaus innerstädtische Wohnumfelder, Bildungseinrichtungen und Kultur- und Freizeitangebote, die Mitarbeiter und ihre Familien ansprechen und binden.

Vergabepaxis vereinfachen und verlängern

Bund und Länder sollten deshalb zur Erleichterung kommunaler Investitionen die Vergabevereinfachungen verlängern. Sie stärken die Gestaltungsspielräume der Kommunen. Die Städte und Gemeinden haben bewiesen, dass sie im Sinne des Wettbewerbs, der Wirtschaftlichkeit und der Transparenz mit dem Instrumentarium sehr verantwortungsvoll umgegangen sind.

Mittelstand, Handwerk und die Industrie begrüßen die Vereinfachungen. Sie senken die bürokratischen Kosten im Vergabeverfahren und stärken die Unternehmen vor Ort. Damit gewinnt auch die kommunale Selbstverwaltung.

Die Kommunen als Konzern/Unternehmer

Die desolante Finanzlage der Kommunen hat viele veranlasst, sich verstärkt als „Unternehmer“ zu betätigen. Das Ziel: Einnahmen und Profite aus unternehmerischer Tätigkeit. Hierbei wurden u.a. die kommunalen Stadtwerke, Reinigungsdienste, Facility-Management Unternehmen, IT-Unternehmen, Städtische Bausgesellschaften u.a. aktiviert. Die Ergebnisse dieser Entwicklung waren sehr unterschiedlich. Generell ist die Betätigung von Kommunalen Unternehmen sehr kritisch zu sehen und sehr differenziert zu diskutieren.

Die ARGE und die heutigen JOBCENTER haben in den zurück liegenden Jahren häufig Aufträge abgewickelt, die in die ursächliche Aufgabenstellung des Handwerks gehörte. Durch richterliche Rechtssprechung ist diesem Treiben ein erheblicher Riegel in jüngster Vergangenheit vorgeschoben worden. Häufig waren dies auch Aufgaben, die die Kommunen nicht in eigener Regie hätten vergeben können, da hierzu die finanzielle Ausstattung fehlte. Die Frage, ob die Kommunen nun entsprechende Aufträge an die Wirtschaft erteilen, muss noch beantwortet werden. Zu befürchten ist, dass auf Grund der Finanzlage der Kommunen dies unterbleibt.

Standort- und Strukturpolitik / Innenstadt – Entwicklung

- Auswirkungen auf Mittelstand und Wirtschaft

Seit Jahrzehnten verändern sich bundesweit die Innenstädte. Häufig ins Negative. Verändertes Käuferverhalten ist der Grund. Mega – Einkaufszentren am Stadtrand oder der „Grünen Wiese“ haben dem örtlichen Einzelhandel in den Innenstädten große Probleme beschert. Leerstehende Ladengeschäfte und die Massierung von 1€ Läden waren die Folge. Zudem kämpft sogar der alt eingesessene Einzelhandel oft mit dem Problem der Unternehmensnachfolge, was häufig zu der Aufgabe der unternehmerischen Tätigkeit führte.

In vielen Städten hat deshalb in jüngster Zeit ein Umdenken in der langfristigen Planung der Innenstädte bei den Städten Einkehr gehalten. Die Genehmigungen für die Ansiedlung neuer Mega-Einkaufszentren auf der „Grünen Wiese“ wurden drastisch reduziert. Unter dem Slogan „ Ab in die Mitte“ forcierte z.B. NRW die Wiederentdeckung der Stadtzentren. Mit Erfolg. Am Beispiel der Stadt Duisburg ist die positive Entwicklung einer solchen Planungspolitik zu erkennen. Die Ansiedlung des 57 000qm großen Einkaufscenter FORUM in der Innenstadt hat dazu geführt, dass die früheren 1-A Lagen es nunmehr auch wieder sind. Die 1€ Läden verschwinden und neuer Facheinzelhandel siedelt sich wieder an. Im Oktober 2011 wird ein weiteres innerstädtisches Einkaufszentrum - KÖNIGS-GALERIE - mit 27 00 qm eröffnet. Dieser positive Wandel muss allerdings begleitet werden durch eine gewisse Neuaufstellung des Handels.

Kunden und Verbraucher verlangen einen veränderten Service, der häufig nicht überall geboten wird. „Kaufen soll Spaß“ bereiten. So stieg die Kaufkraftbindung in der Stadt Duisburg innerhalb der letzten 5 Jahre z.B. von 89% auf 108%. Damit führt die Stärkung des Einzelhandels in den Städten und Gemeinden auch zu einer Verbesserung der Steuereinnahmen. Durch geeignete Maßnahmen

sollte auch verhindert werden, dass bundesweit agierende Ketten mit ihren identischen Ladengeschäften das Bild der Innenstädte verwechselbar machen.

Die CDU/CSU – Mittelstandsvereinigung sollte den Dialog und Meinungsaustausch mit dem HDE Deutschland intensivieren bzw. aufnehmen. Dies gilt auch hinsichtlich des Dialoges mit dem Deutschen Städtetag.